

Besetzung von MfS-Dienststellen

5. Dezember 1989

Information Nr. 519/89 über das Erzwingen des Zutritts von Kräften von Bürgerbewegungen zu den Dienstobjekten von Bezirks- und Kreisämtern des Amtes für Nationale Sicherheit am 4. Dezember 1989

Quelle

BStU, MfS, ZAIG 3815, Bl. 1–8.

Serie

Informationen.

Verteiler

Krenz, Modrow, Maleuda (siehe Vermerk) – MfS: Schwanitz, Mittag, Großmann, Neiber, Kratsch, Möller, Bausch (ZAIG/3, vernichtet am 6.12.1989), Bäcker (ZAIG/2), Lasch, Grimmer, Poppitz (ZAIG/1).

Vermerk

Hinter dem externen Verteiler geschwungene Klammer mit folgendem handschriftlichem Vermerk: »vermutl[ich] du[rch] Gen. Schwanitz mündl[ich] inf[ormiert] | vern[ichtet] 6.12.[1989]«.

Bemerkungen

In der Akte BStU, MfS, ZAIG 21849, Bl. 1–8 und 41–48 sind zwei nicht nummerierte Exemplare der Information jeweils mit handschriftlichen Korrekturen und Anmerkungen enthalten, außerdem mehrere Fernschreiben der BV Erfurt (Bl. 49–55) sowie handschriftliche Entwürfe der Information 519/89 (Bl. 57–78).

[Faksimile vom Deckblatt]

Offenkundig im Zusammenhang stehend mit dem am 4. Dezember 1989 über die Massenmedien der DDR verbreiteten Aufruf, Akten vor der Vernichtung zu sichern,¹ verschafften sich am 4. Dezember 1989 in mehreren Bezirken und Kreisen Kräfte von Bürgerbewegungen – unter Einbeziehung von Staatsanwälten – Zutritt zu Dienstobjekten der Bezirks- und Kreisämter [des AfNS],² wobei Panzerschränke und Räumlichkeiten besichtigt und versiegelt, Angehörige und von ihnen mitgeführte Aktentaschen sowie Pkw kontrolliert und die geordnete Dienstdurchführung erheblich beeinträchtigt wurden.

Dazu im Einzelnen: Am 4. Dezember 1989, gegen 10.00 Uhr, wurden durch eine größere Gruppe von Bürgern alle drei Zugänge zum Dienstobjekt des Bezirksamtes Erfurt blockiert sowie durch den Einsatz eines Kranwagens der Erfurter Verkehrsbetriebe die Ein- und Ausfahrt des Hauptobjektes versperrt. Binnen kürzester Zeit hatten sich insgesamt ca. 500 Personen an den drei Zugängen angesammelt. Durch an der Blockade beteiligte Kräfte wurden Angehörige des Bezirksamtes, die die Absicht zum Betreten des Dienstobjektes hatten, einschließlich mitgeführter Taschen sowie der Pkw kontrolliert.

Mit der Zielstellung der Vermeidung einer nicht auszuschließenden weiteren Eskalation der Ereignisse entschloss sich der Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit, eine Abordnung von zehn Personen zu empfangen, um über das Anliegen dieser Kräfte informiert zu werden und beruhigend auf diese einzuwirken. Während des im Konferenzzimmer des Leiters geführten Gespräches verschafften sich weitere Personen – unter Führung einer Frau Dr. Schön, Kerstin,³ die sich als Sprecherin eines unabhängigen Untersuchungsausschusses ausgab – ebenfalls gewaltsam Zugang zum Dienstobjekt und begaben sich in das Konferenzzimmer.

Bekannt wurde in diesem Zusammenhang, dass Frau Dr. Schön vor dieser Aktion den Staatsanwalt des Bezirkes Erfurt über ihre Absicht in Kenntnis gesetzt hatte, Archivmaterialien und andere Unterlagen im Bezirksamt Erfurt vor Vernichtung zu bewahren.

Die Forderungen der in das Bezirksamt eingedrungenen Personen bezogen sich insbesondere auf die Einsichtnahme in die Archive sowie angeblich vorhandene Unterlagen zu konkreten Personen, die sich zum Teil unter den eingedrungenen insgesamt ca. 150 Personen befanden, die Einsichtnahme in vorhandene Speicher sowie die Besichtigung der Verkollerungsanlage und der Haftanstalt. Nachdem sich der zwischenzeitlich herbeigerufene Leiter der Abteilung I A des Staatsanwaltes des Bezirkes Erfurt, Genosse *Rudat*,⁴ sowie sein beigeordneter Staatsanwalt, Genosse *Illgen*,⁵ für die Klärung der aufgeworfenen Fragen als nicht zuständig und kompetent erklärt hatten, wurden der Militärstaatsanwalt des Grenzbezirkskommandos, Oberstleutnant *Weißmantel*,⁶ und der Militärstaatsanwalt der 4. MSD, Oberstleutnant *Lippold*,⁷ in das Bezirksamt Erfurt angefordert.

Aufgrund der massiven Forderungen der eingedrungenen Personen wurde im Beisein der beiden Staatsanwälte sowie von Journalisten der »Neuen Erfurter Zeitung«, »Thüringer Neuesten Nachrichten« und der Zeitung »Das Volk« eine Objektbegehung realisiert, wobei u. a. die Datenendstelle, das Archiv und die Verkollerungsanlage besichtigt wurden.

Eine geforderte Abfragung gespeicherter Daten sowie eine Einsichtnahme in schriftliche Unterlagen konnten verhindert werden. Fragen zur konkreten Personalstärke sowie zu Details der Struktur wurden nicht beantwortet.

Während der Besichtigung wurden durch die anwesenden Journalisten Fotoaufnahmen gefertigt.

Erst nach längeren Diskussionen erklärten sich die eingedrungenen Personen damit einverstanden, dass die anwesenden Staatsanwälte die betreffenden Räume und die darin befindlichen Panzerschränke versiegeln und sie das Bezirksamt wieder verlassen.

Da von den eingedrungenen Kräften auch den Maßnahmen der Staatsanwälte großes Misstrauen entgegengebracht wurde, bestanden sie darauf, an neuralgischen Punkten des Bezirksamtes sogenannte Bürgerwachen einzusetzen, so u. a. an den drei Zugängen des Dienstobjektes, der Datenendstelle und dem Archiv.

Seitens des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses besteht die Absicht, am Dienstag, dem 5. Dezember 1989, 11.00 Uhr, ein erneutes Gespräch mit dem Leiter des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit Erfurt zu führen.

Es wird vorgeschlagen, die für den heutigen Tag vereinbarte Zusammenkunft nur mit einem begrenzten Personenkreis von Vertretern des sogenannten unabhängigen Untersuchungsausschusses in Anwesenheit des Militärstaatsanwaltes durchzuführen.

Durch den gemeinsamen Einsatz von Angehörigen des Bezirksamtes Erfurt und geeigneten Kräften der Deutschen Volkspolizei vor dem Gebäude des Bezirksamtes sollte das Betreten des Objektes durch weitere Personen notfalls durch körperliche Einwirkung und polizeiliche Hilfsmittel (Schlagstock) verhindert werden.

Seit ca. 17.30 Uhr befanden sich vor dem Dienstobjekt des Bezirksamtes Rostock ca. 170 Personen, durch welche die Zugänge und Zufahrten blockiert wurden. Vertreter des *Neuen Forums*,⁸ weiterer Bürgerbewegungen, Pfarrer, SDP-Mitglieder⁹ und Studenten forderten mit Nachdruck Einlass, die Versiegelung des Objektes und die Bewachung durch die Deutsche Volkspolizei.

Seit 22.10 Uhr sprach der Leiter des Bezirksamtes mit Vertretern des Untersuchungsausschusses (Landessuperintendent *Wiebering*,¹⁰ Rechtsanwalt *Vormelker*¹¹) im Beisein des Bezirksstaatsanwaltes, dessen Stellvertreters und des stellvertretenden Chefs der BDVP. Durch die Demonstranten wurden Studenten zum Ereignisort beordert, die sich zum Zwecke der »Bewachung« des Objektes bis ca. 7.00 Uhr abwechseln sollen.

Weitere diesbezügliche Aktivitäten waren im Bezirk Rostock zu verzeichnen in Bad Doberan und Greifswald, wo die Kreisämter in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes, von Kräften der DVP und Vertretern des *Neuen Forums* versiegelt wurden sowie in Stralsund, wo in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes ca. 150 Personen gewaltsam in den Innenhof des Kreisamtes eingedrungen waren.

Im Zusammenhang mit der Demonstration von Bürgerbewegungen in Leipzig verschafften sich ca. 50 Personen mit der Drohung, weitere Demonstranten herbei zu ordern, Zutritt zum Bezirksamt Leipzig und halten das Objekt an seinen neuralgischen Punkten besetzt. Das Bezirksamt ist handlungsunfähig.

Vor dem Kreisamt für Nationale Sicherheit Angermünde, Bezirk Frankfurt/O., bildeten gegen 16.00 Uhr ca. 15 Personen – unter ihnen der Kressekretär der CDU, Frau *Pötter*,¹² das Ehepaar [Name 1] (Gemeindekirchenrat) sowie Frau *Amende*¹³ vom *Neuen Forum* – eine Menschenkette und forderten die Offenlegung der Tätigkeit, die Besichtigung der Diensträume sowie Rechenschaftslegung der Angehörigen des Kreisamtes vor der Bevölkerung, was durch den Leiter des Kreisamtes über die genannte Frau *Pötter* organisiert werden soll.

Gegen 21.40 Uhr organisierte das Pfarrerehepaar *Werdin*¹⁴ aus Greifenberg über das VPKA eine »Kontrolle« im Kreisamt, um sich davon zu überzeugen, ob Unterlagen verbrannt worden sind. Im Beisein eines Hauptmanns der DVP wurden der Kohlenkeller und Aschentonnen im Kreisamt besichtigt, wobei sich ihre Vermutungen nicht bestätigten. Forderungen zur Besichtigung des Archivs wurden abgelehnt, weswegen man sich am 5. Dezember 1989 erneut an den Leiter des Kreisamtes wenden wolle.

In Templin, Bezirk Neubrandenburg, forderten in den späten Abendstunden ca. 200 Personen durch ihren Sprecher, den Bezirksvorsitzenden der DBD, *Finner*,¹⁵ die Versiegelung des Kreisamtes, um ein Vernichten von »Beweisen« zu verhindern, sowie die Besichtigung der Verbrennungsanlage, wozu eine sogenannte unabhängige Kommission auf einer Kontrolle der Räumlichkeiten bestand. Durch den Leiter des Kreisamtes wurde zehn Personen die Besichtigung der Heizanlage gestattet. Massiv wurden Forderungen zur Auflösung des Kreisamtes erhoben.

In Saalfeld, Bezirk Gera, suchte gegen 22.45 Uhr eine Delegation aus Vertretern des *Neuen Forums* und des Demokratischen Aufbruchs¹⁶ in Begleitung des Leiters des VPKA, des Kreisstaatsanwaltes und des Vorsitzenden des Rates des Kreises sowie Angehörigen der Kriminalpolizei das Kreisamt auf, wo durch den Leiter des Kreisamtes der Forderung nach einer »Besichtigung« des Objektes entsprochen wurde. Die Personen verließen gegen 24.00 Uhr das Objekt und äußerten die Absicht, Kontrollposten aufzustellen.

In diesem Zusammenhang wurde bekannt, dass sich Pfarrer *Morgenrot*¹⁷ am 4. Dezember 1989 bei der SED-Bezirksleitung Gera darüber beschwerte, dass kein freier Zutritt zu den Kreisämtern gegeben sei. Ihm sei vom Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, Herrn de *Maizière*,¹⁸ versichert worden, dass bei Verdacht der Vernichtung von Akten im Zusammenwirken mit dem Kreisstaatsanwalt in jedem Fall Zutritt zu gewähren ist.¹⁹

In Jena forderten ca. 100 Personen im Beisein des Kreisstaatsanwaltes den Zutritt zum Heizungsraum des Kreisamtes, wobei u. a. Fotoaufnahmen gefertigt wurden.

In Weißwasser, Bezirk Cottbus, wurde im Rahmen eines Friedensgebetes der Entschluss gefasst, die Panzerschränke des Kreisamtes Weißwasser zu versiegeln.

Daraufhin begaben sich im Anschluss an das Friedensgebet der Vorsitzende des Kreisvorstandes der LDPD, ein Mitglied des *Neuen Forums*, die Kreisstaatsanwältin sowie je ein Angehöriger der Kriminal- und der Schutzpolizei zum Kreisamt, wo sie sich gegen 20.00 Uhr Zutritt verschafften und bis zum Verlassen des Objektes um 21.30 Uhr alle Panzerschränke des Kreisamtes versiegelten.

In Rathenow, Bezirk Potsdam, blockierten seit 8.30 Uhr mehrfach wechselnd jeweils fünf Angehörige von Bürgerbewegungen den Zugang zum Kreisamt für Nationale Sicherheit. Angehörige des Kreisamtes, von ihnen mitgeführte Aktentaschen sowie die Kofferräume von Pkw wurden Kontrollen unterzogen.

In Parchim, Bezirk Schwerin, wurde in den Abendstunden durch eine Personengruppe von Vertretern verschiedener Bürgerbewegungen, unter ihnen Vertreter des *Neuen Forums* sowie Mitglieder von Koalitionsparteien, in Anwesenheit des Kreisstaatsanwaltes das Kreisamt Parchim aufgesucht und das Objekt versiegelt.

Es wurde angekündigt, das Kreisamt am 5. Dezember 1989 erneut aufzusuchen.

Im Anschluss an eine Demonstration von ca. 3 000 Personen in Wernigerode, Bezirk Magdeburg, begaben sich ca. 30 Personen zum Kreisamt. Fünf Vertreter des *Neuen Forums*, begleitet vom Kreisstaatsanwalt und dem Leiter des VPKA, suchten das Objekt auf und »verhandelten« mit dem Leiter des Kreisamtes. Sie beabsichtigten, Einsicht in Akten zu Personen zu nehmen. Dem Leiter des Kreisamtes wurde mit einer Strafanzeige und damit gedroht, am nächsten Montag ihre Forderungen energischer vorzubringen.

Im Kreisamt Stendal wurde eine Gruppe von Vertretern des *Neuen Forums* vorstellig und forderte Einlass in das Dienstobjekt, der verweigert wurde.

In der weiteren Folge meldete sich eine weibliche Person mit dem Namen [Name 2, Vorname] als Vertreter des *Neuen Forums* über den öffentlichen Fernsprechanschluss des Kreisamtes und teilte mit, dass das Objekt des Kreisamtes unter »Überwachung« stehe. Das Ziel der Überwachung bestehe darin, einer unabhängigen Kontrollgruppe des *Neuen Forums* Zutritt zum Kreisamt zu verschaffen und dort Zugang zu Sicherheitsakten und Archiven sowie Einsicht in Panzerschränke zu erhalten. Gleichzeitig wurde eine bildliche Darstellung jeglicher Bewegungen angekündigt.

In Zittau, Bezirk Dresden, erfolgte nach hartnäckigem Drängen durch ca. 35 Personen des *Neuen Forums*, vertreten durch Pfarrer *Alisch*,²⁰ zwischen 21.00 Uhr und 22.00 Uhr, im Kreisamt ein Gespräch mit dem stellvertretenden Leiter, an dem u. a. der Kreisstaatsanwalt teilnahm.

Dem Vertreter des *Neuen Forums* wurde Einsicht in den Befehl des Leiters des Amtes für Nationale Sicherheit zur Einstellung der Vernichtung gegeben.²¹ Der Hinweis des stellvertretenden Leiters des Kreisamtes, dass es sich beim Kreisamt um ein militärisches Objekt handelt und eine Sichtung und Kontrolle des Archivmaterials nicht möglich ist, wurde durch den Kreisstaatsanwalt unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Militärstaatsanwaltes unterstützt.

Das anschließende Gespräch, in welchem massiv Forderungen nach Volkskontrolle der Archive erhoben wurden, wurde mit der ausdrücklichen Bitte von Pfarrer *Alisch*, am 5. Dezember 1989, 10.00 Uhr, einen erneuten Dialog zu führen, abgeschlossen.

Vor dem Kreisamt verblieb eine Mahnwache von vier bis fünf Personen.

1

Am 4.12.1989 veröffentlichten verschiedene Oppositionsbündnisse wie das »Neue Forum« oder die »Initiative Frieden und Menschenrechte« einen »Aufruf« an die Bevölkerung zur Bildung von Kontrollgruppen, um das Verschieben von Finanz- und Sachwerten der SED, die Absetzung von Verantwortlichen ins Ausland und nicht zuletzt die Vernichtung von Akten und Daten der Staatssicherheit zu verhindern. Hintergrund waren die Flucht des Leiters des Bereichs Kommerzielle Koordinierung Alexander Schalck-Golodkowski in die Bundesrepublik und Gerüchte über die Vernichtung von Unterlagen in den Dienststellen des MfS. Der Aufruf ist abgedruckt in: Michelis, Julia (Hg.): Die ersten Texte des Neuen Forums. Erschienen in der Zeit vom 9. September bis 18. Dezember 1989. Berlin 1990, S. 26.

2

In seiner ersten Regierungserklärung verkündete der neugewählte Ministerpräsident Hans Modrow am 17.11.1989 vor der Volkskammer

die Bildung eines »Amtes für Nationale Sicherheit (AfNS) an Stelle des Ministeriums für Staatssicherheit« als Teil rechtsstaatlicher Reformen. Das neue Amt sollte nicht an die SED angebunden, sondern dem Ministerrat unterstellt werden. Als Leiter des AfNS wurde der bisherige Stellvertreter Mielkes Wolfgang Schwanitz berufen. Ein Gesetz, das Aufgaben und Kompetenzen der Behörde regelte, wurde nicht verabschiedet. Auf Druck der Öffentlichkeit wurde das AfNS am 14.12.1989 durch Ministerratsbeschluss aufgelöst. Es sollte nach den Volkskammerwahlen im Frühjahr 1990 durch einen Verfassungsschutz und einen Auslandsnachrichtendienst ersetzt werden. Vgl. Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999, S. 508–520.

3

Kerstin Schön, Jg. 1957, Medizinerin, Mitglied der Gruppe »Frauen für Veränderung«, die sich im September 1989 aus mehreren Frauenzirkeln im Raum Erfurt gebildet hatte. Zusammen mit Tely Büchner, Gabriele Stötzer, Claudia Bogenhardt und anderen organisierte sie am 4.12.1989 die Besetzung der Erfurter Bezirksverwaltung des MfS (Bezirksamtes für Nationale Sicherheit), um die Vernichtung von Unterlagen zu verhindern.

4

Helmut Otto Rudat, Jg. 1938, Jurist, 1953–90 Staatsanwalt, zunächst in Sömmerda und Weimar, dann in Erfurt, von 1976 bis 1990 in der Funktion des Leiters der Abteilung I A bei der Bezirksstaatsanwaltschaft in Erfurt.

5

Im Original: »Illgen«. Richard Illgen, Jg. 1939, Jurist, beigeordneter Staatsanwalt der Bezirksstaatsanwaltschaft Erfurt.

6

Horst Weißmantel, Jg. 1933, Militärstaatsanwalt des Bezirksgrenzkommandos der Bezirksstaatsanwaltschaft Erfurt.

7

Im Original: »Lippol«. Hugo Werner Lippold, Jg. 1940, Jurist, Militärstaatsanwalt der 4. Motorisierten Schützendivision.

8

Das »Neue Forum« (NF) war in seiner Breitenwirkung das bedeutendste Oppositionsbündnis der DDR. Am 9./10.9.1989 unterzeichneten 30 Bürgerrechtler den Aufruf zur Gründung des NF »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89«. Darin forderten sie eine Diskussion und Überwindung grundlegender Gesellschaftsprobleme in der DDR und beantragten am 19.9.1989 in elf Bezirken die Zulassung als Vereinigung. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 3 000 Personen den Gründungsauftrag unterschrieben. Als das Innenministerium den Antrag zwei Tage später ablehnte und das »Neue Forum« als »staatsfeindliche Plattform« bezeichnete, dessen Anliegen der Verfassung der DDR widersprächen, löste das eine Welle der Solidarisierung mit den Bürgerrechtlern aus. Auf vielen Demonstrationen wurde die Zulassung des NF gefordert. Nach der Einreichung eines erneuten Zulassungsantrags und einer Aussprache zwischen Jens Reich, Sebastian Pflugbeil und SED-Politbüromitglied Günter Schabowski wurde das NF am 8.11.1989 zugelassen. Bis Ende 1989 unterzeichneten circa 200 000 Menschen den Gründungsauftrag der Organisation, die Ende des Jahres gut 10 000 Mitglieder hatte. Vgl. Mitteilung des Ministers des Innern. In: ND v. 21.9.1989, S. 2. Die Gründungserklärung des »Neuen Forums« »Die Zeit ist reif – Aufbruch 89« v. 9./10.9.1989 ist abrufbar unter: www.hdg.de (letzter Abruf: 27.2.2019). Siehe auch: Anlage 2 der Information [416/89](#).

9

Im April 1989 wurde ein erster Entwurf für den Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) verfasst, der am 26.8.1989 in der Berliner Golgathagemeinde vorgestellt wurde. Zur offiziellen Gründung der SDP kam es am 7. Oktober 1989 – dem 40. Jahrestag der DDR – im Pfarrhaus im Brandenburgischen Schwante. Zu den Gründungsmitgliedern zählten neben den Hauptinitiatoren Markus Meckel und Martin Gutzeit unter anderem Steffen Reiche, Thomas Krüger, Angelika Barbe, Ibrahim Böhme und Peter Grimm. Auf dem Berliner Parteitag am 26.9.1990 vereinigte sich die Partei mit der westdeutschen SPD. Siehe dazu u. a. Meckel, Markus; Reiche, Stefan (Hg.): »Nichts muss bleiben, wie es ist«. Gedanken zur Gründung der Ost- SPD. Berlin 2010; Gohle, Peter: Von der SDP-Gründung zur Gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90. Bonn 2014. Der Gründungsauftrag unter dem Titel: »Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe, mit dem Ziel eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen« ist abrufbar unter: www.ddr89.de (letzter Abruf: 27.2.2019).

10

Joachim Wiebering, Jg. 1934, evangelischer Theologe, Gemeindepfarrer in Teterow und Rostock, seit 1987 Landessuperintendent, vermittelte am 4.12.1989 zwischen den Demonstranten und dem Leiter der Bezirksverwaltung der Staatssicherheit (Bezirksamt für Nationale Sicherheit), seit Dezember Leiter des Runden Tisches der Stadt Rostock.

11

Hans Joachim Vormelker, Jg. 1924, Jurist, 1953–61 Einzelanwalt in Rostock, 1961–90 Rechtsanwalt im Rechtsanwaltskollegium in Rostock, vermittelte zusammen mit Landessuperintendent Wiebering am 4.12.1989 zwischen den Demonstranten und dem Leiter der Bezirksverwaltung Rostock des MfS (Bezirksamt für Nationale Sicherheit) für die Übergabe der Kontrolle an ein Bürgerkomitee.

12

Katrin Pötter, Jg. 1958, CDU-Funktionärin, 1990–98 Bürgermeisterin von Criewen/Oder.

13

Carola Amende, Jg. 1955, Pädagogin, Ehefrau von Andreas Amende, Mitbegründer des »Neuen Forums« und der Sozialdemokratischen Partei in der DDR.

14

Im Original: »Werdien«. Justus Werdin, Jg. 1956, evangelischer Theologe, 1977–82 Studium der Theologie an der HU Berlin, in dieser Zeit Engagement für »Aktion Sühnezeichen« und den »Arbeitskreis Polen« des ökumenisch-missionarischen Zentrums, 1982–85 Aspirant an der Theologischen Fakultät der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, ab 1987 Gemeindepfarrer in Greiffenberg/Uckermark. Am 3./4.12.1989 beteiligte sich Werdin an der Begehung und Bewachung der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Angermünde. Als Mitglied des Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt/O. veröffentlichte er Anfang 1990 eine Dokumentation über diese Vorgänge. Vgl. Werdin, Justus (Hg.): Unter uns: Die Stasi. Berichte der Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit im Bezirk Frankfurt/Oder. Berlin 1990. Inken Werdin, Jg. 1957, Ehefrau von Justus Werdin und Initiatorin der Besetzung der Kreisdienststelle der Staatssicherheit in Angermünde am 3./4.12.1989.

15

Horst Finner, Jg. 1932, DBD-Funktionär, 1976–90 Vorsitzender des Bezirksvorstandes Neubrandenburg der DBD, im gleichen Zeitraum Abgeordneter und 1989/90 Präsident des Bezirkstages Neubrandenburg.

16

Der »Demokratische Aufbruch – ökologisch, sozial« (DA) wurde nach einem ersten Versuch einer Konstituierung am 1.10.1989 regulär am 29.10.1989 unter anderem von Friedrich Schorlemmer, Rainer Eppelmann, Rudi-Karl Pahnke, Edelbert Richter und Ehrhart Neubert gegründet. Die Vereinigung verstand sich zunächst als Sammlungsbewegung für Mitglieder von Kirchen- und Umweltgruppen und forderte neben einer Demokratisierung der DDR ökonomische Reformen im Sinne eines dritten Weges zwischen Sozialismus und Kapitalismus unter besonderer Beachtung ökologischer Aspekte. Die Weiterentwicklung des DA zu einer politischen Partei am 16./17.12.1989 in Leipzig brachte einen Kurswechsel. Fortan sprachen sich die Mitglieder für eine schnelle Wiedervereinigung aus und verstanden sich als »Volkspartei der Mitte«. Einige prominente Angehörige des linken Flügels, wie Friedrich Schorlemmer, zogen sich daraufhin aus dem DA zurück. Bei den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 trat der DA zusammen mit der »Deutschen Sozialen Union« und der CDU im Wahlbündnis »Allianz für Deutschland« an, im August 1990 ging die Vereinigung schließlich in der ostdeutschen CDU auf. Vgl. Hoffmann, Jürgen: Demokratischer Aufbruch. In: Veen, Hans-Joachim (Hg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur. Berlin, München 2000, S. 98 f.; Kowalczyk, Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f., sowie ausführlich aus der Sicht eines Beteiligten Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München 2008.

17

Im Original: »Morgenrot«. Arndt Morgenroth, Jg. 1942, evangelischer Theologe, 1970–77 Pfarrer in Großrudestedt (Sömmerda), 1977–93 Gemeindepfarrer in Saalfeld, engagierte sich in der offenen Jugendarbeit.

18

Lothar de Maizièrre, Jg. 1940, Rechtsanwalt/CDU, seit 1975 Rechtsanwalt, seit 1987 stellvertretender Vorsitzender des Kollegiums der Berliner Rechtsanwälte, November 1989 bis 1990 Vorsitzender der CDU in der DDR, April bis Oktober 1990 Ministerpräsident der DDR, anschließend Bundesminister für besondere Aufgaben, Rücktritt im Dezember nach Bekanntwerden von inoffiziellen Kontakten zum MfS.

19

Nach Angaben von Arndt Morgenroth weigerte sich Staatsanwalt Franz zunächst, die Kreisdienststelle zu begehen und die Räume später zu versiegeln. Erst auf Weisung de Maizièrres aus Berlin erklärte er sich zu einer Versiegelung bereit. Über den Ablauf der Besetzung der Kreisdienststelle in Saalfeld siehe die Kurzgeschichte von Morgenroth in: Streitberger, Claudia (Hg.): Wir sind das Volk. Die Friedliche Revolution 1989/90 in Saalfeld. Saalfelder Museumsreihe, Sonderband 4. Erfurt 2009, S. 107–109.

20

Lothar Alisch, Jg. 1951, evangelischer Theologe, seit 1986 Gemeindepfarrer in Zittau, seit Anfang der 1980er Jahre in Friedens- und Umweltgruppen aktiv, organisierte im Mai 1989 die »Arbeitsgruppe Wahl« zur Untersuchung der Wahlfälschung in Zittau und Löbau, gründete im Oktober 1989 die Zittauer Gruppe des »Neuen Forums«.

21

Gemeint sind zwei Telegramme des Leiters des AfNS, Wolfgang Schwanitz, vom 4.12.1989 an die Leiter der Bezirks- und Kreisämter der Staatssicherheit. In einem ersten Telegramm (14.30 Uhr) wies Schwanitz an, den Aufruf der Oppositionsbündnisse zur Bildung von »Kontrollgruppen« v. 4.12.1989 an die Medien weiterzuleiten und dabei zu veröffentlichen, dass »ich befohlen habe, sofort die Vernichtung und den Transport von Unterlagen des Amtes einzustellen«. Eine Stunde später (15.30 Uhr) verschickte Schwanitz ein weiteres Telegramm, das den formellen Stopp der Aktenvernichtung enthielt. Die Telegramme sind abgedruckt in: Häckel, Nadja; Püschel, Nicol (Hg.): »Stasi raus – es ist aus«. Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei. Berlin 2015, S. 31 u. 33.

